

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KXL/229

Bonn, den 1. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Der Start	98

Die Bundesrepublik hat wieder eine Regierung

2	Wenn U Thant bleibt...	41
---	------------------------	----

Es wäre gut für die Vereinten Nationen

3 - 4	Mitteldeutscher Alltag	69
-------	------------------------	----

Die Stimmung in der SBZ

5 - 6	Erfolg Rafael Paasio	97
-------	----------------------	----

Zum Kongreß der Finnischen Sozialdemokratie

+ + +

## Der Start

### Die Bundesrepublik hat wieder eine Regierung

sp - Die neue Regierung ist gestartet. Zum erstenmal seit Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 entsendet die Sozialdemokratie die von ihr erwählten besten Männer in eine Bundesregierung. Die Führungsgremien der Partei haben nach dem Zerfall der glücklosen Regierung Erhard jede sich bietende Chance genutzt, um festzustellen, wie unseren Volk in dieser Situation geholfen werden kann. Über die theoretischen Möglichkeiten, die sich hierfür anboten, ist an dieser Stelle mehrfach geschrieben worden. Das Für und Wider dieser oder jener Regierungszusammensetzung wurde erwogen. Es blieb bei der Feststellung:

- \* Die Stabilität der Währung, die Gewährleistung eines weiteren
- \* Wachstums der Wirtschaft und die Wiederherstellung der Handlungs-
- \* fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland nach innen und außen
- \* kann nur von einer Regierung in Angriff genommen werden, die
- \* über eine breite parlamentarische Grundlage verfügt.

Diese und keine andere Überlegung führte nach tage- und nächtelangen Diskussionen in den verantwortlichen Gremien der Sozialdemokratie zu dem bekannten Ergebnis. Es ist in diesem Zusammenhang gelegentlich die Frage aufgeworfen worden, ob die Bildung einer Koalitionsregierung von Sozialdemokraten und Christdemokraten eine Abschwächung des Urteils der Sozialdemokratie über die Politik früherer Bundesregierungen sei. Ausdrücklich hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag dieser Woche hierzu festgestellt,

- \* daß "durch die Bildung einer neuen Bundesregierung nichts von
- \* dem abgeschwächt wird, was die SPD zur bisherigen Politik der
- \* CDU/CSU und zur Haltung führender Unionspolitiker gesagt hat".

Die Bildung einer Koalitionsregierung ist nie einfach; vor allem nicht, wenn hierbei ein Kabinett zustande kommen soll, in dem zwei annähernd gleichstarke Parteien zusammenarbeiten wollen. Adenauer hat trotz absoluter Mehrheit von CDU/CSU mehrere Wochen gebraucht, um eine Regierung zustandezubringen. Und nach der Bundestagswahl im September 1965 mußte Erhard ebenfalls fünf Wochen verhandeln, um trotz des relativen Erfolges der CDU/CSU mit dem kleinen Koalitionspartner FDP eine Regierung bilden zu können. Das liegt in der Natur der Sache, aber auch in der Natur der CDU/CSU. Diese Parteien müssen bei Benennung ihrer Minister nicht nur regionale Rücksichten nehmen, sondern auch den konfessionellen Proporz wahren. Die SPD dagegen ist eine große Gemeinschaft, deren politisches Handeln auf der Basis von Diskussionen und Entschlüssen der Mitgliederpartei von 720 000 Mitgliedern entwickelt wird.

Mehr als 40 Prozent der mündigen Bürger des freien Teils Deutschlands haben der SPD bei den letzten Wahlen ihre Stimme gegeben. Kein Zweifel, diese Bürger erwarten von "ihrer" Partei, daß sie den durch Fehler früherer Regierungen gefährdeten Staat nicht im Stich läßt. Dr. Gustav Heinemann, der neue Justizminister, erklärte in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion seine Bereitschaft zur Übernahme ei-

nes Ministeriums mit dem klassischen Satz: "Der Kern unserer Glaubwürdigkeit ist der Wille zur Verantwortung!" Heinemann brachte zum Ausdruck, was viele Abgeordnete in dieser Stunde des Abwägens und vielleicht auch Zweifels bewegt haben mag.

Nun, da die neue Regierung gestartet ist, wird das Urteil über ihre Tätigkeit von der Art und Weise abhängen, wie sie die von der gescheiterten Regierung Erhard unbewältigten Probleme meistert. Es ist nicht unsere Sache, die entsprechenden Vorstellungen der CDU/CSU in der neuen Regierung darzustellen; das müssen diese Parteien selbst tun. Für die Sozialdemokratie können wir nur sagen, daß sie in die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung mit einem Sachprogramm gegangen sind, dessen Durchführbarkeit sowohl mit der CDU/CSU als auch mit der FDP in aller Offenheit diskutiert wurde. Hierbei ergab sich, daß - besonders bei den Überlegungen zur Stabilisierung von Währung und Wirtschaft - die Auffassungen der SPD und der CDU/CSU einander näher kamen als die der FDP und der SPD. Unbestritten ist auch, daß bei den Verhandlungen zwischen den jetzigen Koalitionsparteien die Konkretisierung der zu ergreifenden Maßnahmen eindeutiger war als bei den Besprechungen mit den Freien Demokraten.

Das endgültige Ergebnis aller dieser Verhandlungen, die zur Bildung der neuen Regierung führten, werden in der Regierungserklärung ihren Ausdruck finden. Wir sind überzeugt, daß diese Regierungserklärung trotz der großen Koalition das Parlament vor neue Aufgaben stellen wird.

In den letzten Tagen wurde verschiedentlich bezweifelt, daß der Bundestag nach Bildung einer aus SPD und CDU/CSU zusammengesetzten Regierung und angesichts der kleinen Opposition von 49 FDP-Abgeordneten überhaupt noch die ihm vom Grundgesetz her gegebene Kontrollfunktion ausfüllen werde oder könne. Hierzu hat Helmut Schmidt, der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, einige bemerkenswerte Feststellungen getroffen. Schmidt sagte, er halte es für eine Selbstverständlichkeit, daß alle Fraktionen des Bundestages jetzt eine noch größere Verantwortung dafür haben, daß unser Parlament zum wirklichen Kontrollorgan der Regierung wird. Schmidt wollte damit andeuten, daß es unter Umständen zwar möglich sei, im Kabinett zu einer gemeinsamen Auffassung zu gelangen, daß dies aber das Parlament keineswegs daran hindere, mit eigenen Vorschlägen und Anregungen die Tätigkeit der Regierung zu befruchten.

Wir können damit rechnen, daß sich die politische Atmosphäre in Bonn und darüber hinaus in der Bundesrepublik ändern wird. Die Sozialdemokratie, von den früheren Bundesregierungen verketzert und von der Staatsführung ferngehalten, entsendet jetzt ihre besten Männer in eine Regierung, deren erste Aufgabe es ist, unser aller Haus - die Bundesrepublik Deutschland - wieder in Ordnung zu bringen. Damit dokumentieren die früheren Regierungsparteien, daß ohne die Sozialdemokratie im freien Teil Deutschlands nicht regiert werden kann. Wir wußten das schon seit langen; jetzt wird - so hoffen wir - durch die neuerschaffenen Tatsachen die Bedeutung der Sozialdemokratie für Staat und Volk als Ordnungsfaktor in das Bewußtsein aller Bürger eindringen.

Wenn U Thant bleibt...

Es wäre gut für die Vereinten Nationen

sp - Sowohl die Amerikaner als auch die Sowjets und viele andere Mitglieder der Vereinten Nationen haben auf den Generalsekretär dieser Weltorganisation, den Burmesen U Thant, eingewirkt, seine Absicht, mit Ablauf dieses Jahres seine Stellung aufzugeben, doch noch zu überprüfen. Der drohende Rücktritt des Generalsekretärs verdunkelte die Zukunft der UNO, denn weit und breit zeichnete sich kein möglicher Nachfolger ab, auf den sich die Weltmächte und die Mehrzahl der UNO-Mitglieder hätten einigen können. Der Burmese hatte viele gewichtige Gründe für seinen Rücktrittswunsch anzuführen: Das Unvermögen der UNO, den Vietnam-Konflikt und seine gefährlichen Begleiterscheinungen einzudämmen, überzeugende Fortschritte in der Frage einer kontrollierten und gleichwertigen Abrüstung zu erreichen, den Kampf gegen die eigentlichen Gefahren der Menschheit: Krankheit, Hunger, wachsende Verelendung zu führen und nicht zuletzt mit der Zahlungsunwilligkeit einiger Mitglieder (Sowjetunion, Frankreich) fertig zu werden. Die UNO steht vor dem finanziellen Bankrott, die Schuldenlast allein beträgt 46 Millionen Dollar, und der Zeitpunkt ist abzusehen, an dem aus finanziellen Gründen die UNO-Truppen aus Nahost nach Hause geschickt werden. Sie erfüllen in einem Spannungsgebiet eine friedenserhaltende Aufgabe; ihr Abzug würde den Nahen Osten zum Krisenherd Nr. 1 machen.

Offensichtlich hat sich der Generalsekretär nun unter dem Eindruck des Zuredens von vielen Seiten zu einer Sinnesänderung entschlossen. Er will in einem der bürdenreichsten Ämter der Welt verbleiben, wozu ihn die Bereitschaft der Sowjetunion, wenigstens einen Teil der fälligen Beiträge zu zahlen, ermuntert haben dürfte. Hat er auch Hoffnung, daß die Aussichten für eine Lösung des Vietnam-Konflikts weniger düster sind? Sieht er auch Fortschritte in den Bemühungen, die Ausbreitung von Atomwaffen (Atomsperrvertrag) über die Zahl der atomwaffenbesitzenden Mächte zu verhindern?

Man ist hier auf Vermutungen angewiesen. Vielleicht hat aber die Drohung des Rücktritts und die Unmöglichkeit, einen geeigneten für alle UNO-Mitglieder akzeptablen Nachfolger für den Generalsekretär zu finden, eine Auflockerung in der Haltung der Weltmächte bewirkt. Der Gewinn käme der Stärkung der Vereinten Nationen zugute, ist sie doch als Stätte der Begegnung aller führenden Staatsmänner der Welt und als ein Forum der Weltmeinung unersetzlich geworden.

## Mitteldeutscher Alltag

### Die Stimmung in der SBZ

OS - Die SED-Propaganda nützt die Unruhe, die in der SPD-Mitgliedschaft um die Regierungsbildung entstanden ist, kräftig aus mit dem erklärten Ziel, das Ansehen der SPD-Führung zu untergraben. Verdächtigungen und Unterstellungen gehörten seit eh und je zum Repertoire der KPD/SED. Je nach der augenblicklichen Lage ändern sich Ton und Inhalt dieser Angriffe, deren Taktik es immer war, die Mitgliedschaft von der Führung zu trennen. Die Mitgliedschaft der SPD hat sich gegen diese Ausfälle oder Verlockungen stets als immun erwiesen. So oft Schmähungen oder Anbiederungen vorgetragen wurde, ebenso oft blieben sie wirkungslos.

Die SED-Führung ist aus richtigen Eigeninteresse bestrebt, ihre Anti-SPD-Kampagne weiterzuführen. Denn: Wenn es gelänge, das Ansehen, das die SPD in weiten Kreisen der Bevölkerung Mitteldeutschlands genießt, zu zerstören, dann wäre ein entscheidender Einbruch in jene Klasse gelungen, die sich als Block gegen die SED erwiesen haben. Damit wäre ein entscheidender psychologischer und damit politischer Einbruch gelungen, um an die Stelle eines entstehenden Vakuums eigene Positionen zu setzen.

Nun sollte sich niemand darüber hinwegtäuschen, daß die mitteldeutsche Bevölkerung durch die Immobilität der bisherigen Bundesregierung in ihrem Glauben an eine Wiedervereinigung tief enttäuscht worden ist. Dort, wo bisher eindeutige politisch-psychologische Schranken gegen die SED aufgerichtet wurden, sind diese abgebrockelt. Der politische Grabenkrieg mit festgefrorenen Positionen hat - aus dem Blickwinkel der mitteldeutschen Bevölkerung gesehen - die Wiedervereinigung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Weder schöne Reden oder Durchhalteappelle konnten die Menschen davon abhalten, sich mit dem Regime zum Teil zu arrangieren. Die Zeit ist weitergelaufen, und die unvorsichtige Prognose, daß nicht uns, sondern den Kommunisten in der Deutschlandfrage der Wind ins Gesicht wehe, hat sich als eine Fehldiagnose erwiesen.

Im Widerstand der mitteldeutschen Bevölkerung gegen die SED ist ein unverkennbarer Wandel eingetreten. Die SED-Führung hat die Zeit genutzt, die hier vertan wurde; sie kann unzweifelhaft auf wirtschaftli-

che Erfolge hinweisen. Die früher allzu oft irritierten Parteikader der SED haben eine gewisse innere Stabilität erhalten, die sich naturgemäß auf die Umwelt auswirken muß. Darüber hinaus ist es gelungen, die vielfältigen Strukturen des Staates durch qualifizierte Kräfte funktionsfähiger zu machen, so daß auch der politisch engagierte Bürger mit gegensätzlichen Meinungen nicht umhin kann, die Aufwärtsentwicklung zu registrieren. Gegen die Abwärtsbewegung oppositioneller Kräfte steht das gewachsene Selbstbewußtsein politischer Kader und wirtschaftlicher Manager.

Der SED war in den letzten Jahren die Behauptung sehr leicht gemacht worden, daß der Bonner "Revanchismus", um im Jargon der SED zu sprechen, nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands führen könne, daß im Gegenteil die "beiden Staaten" immer weiter auseinandergeführt werden.

So sehr sich die Menschen gegen diese nicht ungeschickt geführte Propaganda der SED innerlich wehrten, die Einsicht, daß die Dinge in Bonn nicht in Ordnung sein konnten, setzte sich immer mehr durch. Die Folge dieser im Sinne der SED-Propaganda verlaufenen Entwicklung war, daß zur Entlosgkeit sich der Verdruß gesellte und daß zuletzt die gesamtdeutsche Frage unglauwürdig geworden war. Das SED-Regime trug den Nutzen aus dieser gegenläufigen Entwicklung.

Nachdem nun unter sozialdemokratischer Beteiligung eine neue Bundesregierung gebildet und die SPD auch auf die gesamtdeutsche Entwicklung einen entscheidenden Einfluß nehmen wird, sieht sich die SED-Führung neuen Problemen gegenübergestellt. Zunächst nutzt sie die innere Unruhe der SPD-Mitgliedschaft aus, um zu erklären, daß die SPD-Führung "wieder einmal versagt", daß sie in der "Bunkergemeinschaft" mit der Union, dem "revanchistischen Gift" erliegt. Es wird also die alte Taktik, die Partei von unten aufweichen zu wollen, verfolgt.

Wenn diese Methode ohne Erfolg bleibt, dann wird die Propaganda zu einer anderen Gangart umschalten. Denn hier unterliegt die SED einem inneren Zwang zum Handeln. Ihre Deutschlandpolitik ist auf Zeit angelegt, um ein Definitum zu schaffen, das nicht mehr aus der Welt geräumt werden. Wenn dem neue Initiativen entgegengesetzt werden, dann muß die SED-Propaganda dagegen aktiv werden.

## Erfolg Rafael Paasios

### Zum Kongreß der Finnischen Sozialdemokratie

W.F. - Freunde und Gegner der finnischen Sozialdemokratie waren sich ausnahmsweise einmal in der Beurteilung des in den Tagen vom 26. bis 28. November durchgeführten Parteitags. Es war das wichtigste Ereignis dieses Herbstes. Dieser erste Kongreß nach dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokraten im März und der Übernahme der Regierung galt einmal der Beurteilung der politischen Ergebnisse dieser sechs Monate Regierung. Gleichzeitig wurde die Linie der künftigen Politik festgelegt. Schwierig war die Lage innerhalb der Partei durch das Verhalten eines Teiles der Reichstagsfraktion, die in einer mehr einseitigen Abkehr von Westen glaubte, finnische Interessen besser wahren zu können. Der Kongreß in seiner großen Mehrheit ließ sich nicht aufs Glatteis führen.

Standen die letzten Parteitage im Zeichen der Spaltung, so beweist das organisatorische Wachsen aller Verbände der finnischen Sozialdemokratie, daß diese völlig überwunden ist. Die politische Einheit ist wiederhergestellt. Die gewerkschaftliche Einheit zu schaffen ist die nächste, wohl auch die schwierigste und Jahre in Anspruch nehmende Aufgabe. Der Kongreß stellte sich hinter den Wunsch auf Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit. Dabei aber wurde erkennbar, daß ein Wiedereintritt in die kommunistisch beeinflusste alte Zentralorganisation SAK nirgendwo angestrebt wird. Nicht mehr Personen sind ein Hindernis, sondern die miteinander rivalisierenden Fachverbände.

Als Scharfrichter gegen sich selbst trat Väinö Leskinen, der alte Tribun und Verantwortliche für die schwierige Politik früherer Jahre, auf. Seine Kehrtwendung um 180 Grad, seine starken Angriffe auf die MAEC, sein Eintreten für die Pläne Kekkonens auf atomwaffenfreie Zone im Norden, sein Bemühen um das Vertrauen des Kreml machten den Kongreß mißtrauisch und keiner seiner Freunde trat für ihn ein. Sein Ziel, an verantwortlicher Stelle die Politik seiner Partei zu leiten, blieb ohne Erfüllung.

### Neutralität - Grundlage finnischer Außenpolitik

Der Kongreß beugte sich nicht dem Verlangen der Agrarier, die erkennen müssen, daß sie weder ein Monopol auf die finnische Politik noch auf den Kreml haben. Nicht der Parteitag, sondern der Parteirat werden, wenn es an der Zeit ist, zur Präsidentenwahl Stellung nehmen. Gewiß ist, daß ein Sozialdemokrat und ein Kleinbauer mit Kekkonen um die Gunst des Wählers ringen werden. Am Erfolg Kekkonens zweifelt dennoch niemand. Nach Kekkonen aber darf mit einem sozialdemokratischen Präsidenten gerechnet werden.

Die Neutralität in der Außenpolitik wird markiert durch das Fernbleiben von den Wirtschaftsblöcken EWG und COMECON. Das Land ist mit der EFTA assoziiert, doch ist, sollten EWG und EFTA zusammengehen, nicht mit dem Beitritt Finnlands zu rechnen, da dies einer Verletzung der strengen außenpolitischen Neutralität gleich käme. Zentralfrage der finnischen Außenpolitik bleibt das freundschaftliche Verhältnis zur Sowjetunion, doch auch mit allen anderen Ländern möchte es weiterhin das bisher sehr gute Verhältnis bewahren. Die Forderung auf Verhandlungen, um zum Frieden in Vietnam zu kommen, auf eine neutrale Zone im Norden, das

Abstandnehmen von den Beschlüssen der Sozialistischen Internationale in Oslo und Frankfurt erklären sich ausschließlich aus dem Bestreben, sich aus allen internationalen Konflikten herauszuhalten.

Dramatische Episoden waren nicht selten. Die Anfangszeiten der Tagungen wurden mehrfach um Stunden verschoben. In den vorbereitenden Ausschüssen wurde heftig um die künftige Linie und die Personen in der Führung gerungen. In der Schlußabstimmung jedoch entschied sich die große Mehrheit für die vom Parteivorsitzenden und Staatsminister Rafael Paasio vertretene Linie. Finnland wird auch künftig in allen außenpolitischen Fragen volle Neutralität wahren. In der Innenpolitik sollen neue Wege gegangen werden und nach der eingeleiteten Stabilisierung der Kassen- und Finanzlage des Landes soll eine neue Wirtschaftspolitik einsetzen. Es wird Schluß gemacht mit den Subventionen an eine unrentable Landwirtschaft, und die mit viel Erfolg eingeleitete Reform der Sozialpolitik erfährt einen weiteren Ausbau.

Die Anträge zur Sozialisierung betrafen nur einige Teilgebiete der Wirtschaft. Sie wird auch hier niemals eine Rolle spielen, wie in anderen Staaten. Heute schon ist ein starker Teil der Produktion in den Händen von Genossenschaften und des Staates.

Die harte ökonomische Politik des Finanzministers wurde gebilligt. Die Gewerkschafter versagten ihm nicht ihre Unterstützung. Durch erhöhte Steuern soll Verbrauch und Import gemindert werden. Das Devisendefizit ist ausschließlich durch die zu großen Importe aus der Bundesrepublik und aus Schweden verursacht, während sonst mit allen anderen Staaten der Außenhandel aktiv ist. Die Bundesrepublik wird entweder ihre Einfuhren aus Finnland verstärken oder auf die hohen Exporte verzichten müssen.

Natürlich hatte es nicht an Versuchen gefehlt, den Kongreß von außen zu beeinflussen. Am lautesten gebrärdeten sich die Überreste der Simoniten, deren Anführer, Arre Simonen, sich immer noch für die Schlüsselperson im Verhältnis zum Osten hält. Es ist schwierig zu sagen, ob Stützminister Simonens Drang nach Geld und Besitz, sein politischer Ehrgeiz oder seine Gewissenlosigkeit die Triebfeder seiner Handlungen gegen die Sozialdemokratie sind. Sicher ist nur, seine Versuche bleiben ohne Erfolg. Simonens ehemalige Anhänger sind zum Überwiegenden Teil zurückgekehrt. Doch bei der Wahl zum Vorstand konnten Emil Skog, der langjährige Vorsitzende der Partei vor der Spaltung, und sein alter Mitstreiter Matti Lepistö nicht die erforderliche Stimmenzahl erreichen. So müssen zwei Männer mit unzweifelhaftem Verdienst um die sozialdemokratische Bewegung von der politischen Bühne abtreten.

#### Einstimmige Wiederwahl

An Paasios Wiederwahl wurde nicht einen Augenblick lang gezweifelt. Daß sie einstimmig erfolgte, überraschte ein wenig. Die zentrale Frage jedoch war die Wahl des neuen Generalsekretärs nach dem plötzlichen Ausscheiden von Carlo Pitsinski. Viele Namen lagen lange im Rennen. Gewinner war der Außenseiter Erkki Raatikainen. Mit ungefähr 40 Jahren ein noch junger Mann, doch mit den verschiedensten politischen und journalistischen Aufgaben im In- und Ausland hinter sich und ein Vertreter jenes Typs der loyalen Zusammenarbeit. Der Kongreßverlauf bewies, wie gesund die Finnische Sozialdemokratie in ihren Gliederungen ist. Die festgelegte Linie garantiert eine Entwicklung frei von inneren Störversuchen. Überraschungen sind von Finnland nicht zu erwarten.